Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 25 (1946)
Heft: 5

Artikel: Der Parteitag der italienischen Sozialisten
Autor: Spühler, Willy
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335397

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialistische Monatsschrift

ROTE REVUE

25. Jahrgang *MAI 1946* *Heft 5*

WILLY SPÜHLER

Der Parteitag der italienischen Sozialisten

Die Befreiung Italiens von der faschistischen Unterdrückung ist nicht bloß das Werk der amerikanischen und englischen Heere gewesen. Das italienische Volk selbst hat einen erheblichen Anteil daran. Über 200 000 Konspirateure und Partisanen haben in Kampfverbänden und Sabotageabteilungen den Faschisten und Neofaschisten geheimen und offenen Widerstand geleistet und Gut und Blut für die Befreiung eingesetzt. Diese aktive Beteiligung an der Beseitigung des Faschismus war die Grundlage für die rasche Entwicklung eines sehr regen, ja leidenschaftlichen politischen Lebens des italienischen Volkes. Die Probleme, vor die sich Italien gestellt sieht, sind aber auch derart groß, daß sie die Leidenschaft eines temperamentvollen Volkes zu erregen vermögen. Italien steht vor der beherrschenden und gewaltigen Aufgabe seines völligen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und zum Teil auch moralischen Wiederaufbaues. Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet geht es nicht nur um den materiellen Wiederaufbau, das heißt um die Wiederherstellung der Straßen, Brücken, Verkehrsmittel, Fabriken und Wohnhäuser, sondern darum, dem italienischen Volke die Bedingungen eines menschenwürdigen Daseins zu schaffen durch Vornahme großer Reformen der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes. In politischer Hinsicht hat Italien einen neuen freiheitlichen und demokratischen Staat zu errichten.

Diese riesengroße Aufgabe wird erschwert durch den Umstand, daß die 22jährige faschistische Herrschaft nicht vorbeiging, ohne dem Volke moralischen Schaden zuzufügen. Auf dem heutigen Grunde eine Demokratie aufzubauen, ist zweifellos äußerst schwierig. Um das Gift des Faschismus aus

dem kranken Körper Italiens zu beseitigen, bedarf es mehr als eines militärischen Zusammenbruches. Es bedarf einer Unschädlichmachung der offenen und geheimen Kräfte, die nach wie vor faschistisch und antidemokratisch wirken, und ebenso ist eine Regeneration der sittlichen Kräfte vor allem der Jugend notwendig.

In den Kreisen der Großfinanz und der Großindustrie im Norden des Landes und bei den Großgrundbesitzern des Südens sind Kräfte am Werke, die alles Interesse daran haben, daß die Demokratisierung der Wirtschaft durch Maßnahmen der Sozialisierung von Industriezweigen und des Bankwesens und durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes gehindert werde. Diese Leute sind im Hintergrund tätig, und ihr politischer Einfluß braucht nicht unbedingt im zahlenmäßigen Wahlergebnis der von diesen offen geförderten politischen Parteien zum Ausdruck zu kommen. Der ausgesprochene Mißerfolg der versteckten neufaschistischen Bewegung des «Uomo qualunque» anläßlich der kürzlichen Gemeindewahlen kann deshalb nicht absolut beruhigend wirken.

Die Gemeindewahlen, die in den Monaten März und April stattfanden, waren aber von gewaltigem Wert, da sie nach vielen Jahren erstmals eine freie politische Willenskundgebung des italienischen Volkes darstellten. Diese erste Probe demokratischer Reife des Volkes ist zweifellos gelungen. Die Wahlen verliefen überall in Ruhe und Ordnung und bieten damit verheißungsvolle Aussichten auf die kommenden Wahlen in die Verfassunggebende Versammlung. Als die weitaus stärksten Parteien haben sich dabei die christlichen Demokraten, die Sozialisten und die Kommunisten erwiesen. In den städtischen und in den Industriegebieten sind die Sozialisten und Kommunisten führend, während in den Dörfern und auf dem Lande die christlichen Demokraten, die *Democristiani,* die Mehrheit besitzen. (In den 118 Proporzgemeinden vereinigten die Sozialisten 734 120, die Kommunisten 738 651 und die christlichen Demokraten 922 509 Stimmen.)

Angesichts dieses Kräfteverhältnisses und angesichts der gewaltigen Gegenwarts- und Zukunftsprobleme sind die Kongresse, die die großen Parteien in den letzten Wochen abgehalten und in denen sie ihre Stellungnahme zu den großen politischen und wirtschaftlichen Fragen umrissen haben, von ganz besonderer Bedeutung. Das weitaus größte Interesse ist wohl dem Parteitag der italienischen Sozialisten entgegengebracht worden, einmal wegen ihrer zahlenmäßigen Bedeutung, dann wegen ihrer Stellung innerhalb der Regierungskoalition zwischen christlichen Demokraten und Kommunisten und wegen der die Kongreßverhandlungen beherrschenden Frage der organisatorischen und taktischen Stellung zur Kommunistischen Partei Italiens.

Der Parteitag, an dem der Schreibende als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz teilgenommen hat, fand in Florenz statt und dauerte sieben Tage (11. bis 17. April). Er war glänzend besucht: über 1000 stimmberechtigte Delegierte und zeitweise ebenso viele Gäste folgten mit oft leidenschaftlichem Interesse den Verhandlungen. Aus dem Ausland waren Delegationen der Sozialdemokratischen Parteien von England, Frankreich, Österreich, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Bulgarien und der Schweiz anwesend. Dem Kongreß kommt zweifellos historische Bedeutung zu: nach 22jähriger faschistischer Herrschaft war es der erste Parteitag in der Heimat, an dem in voller Freiheit zu den großen Problemen Italiens Stellung genommen und die Grenzen und Berührungspunkte zu den übrigen Parteien, insbesondere zur Kommunistischen Partei, abgesteckt werden konnten. Anders als früher, als die Sozialistische Partei eine reine Oppositionspartei war, ist sie heute an der Regierungsmacht beteiligt und hat die Aufgabe, ihre Positionen innerhalb der Staatsführung zu verstärken. Durch ihre Größe, ihre Idee und durch die sozialen Gruppen, die sie vertritt, ist sie berufen, eine gestaltende, ja führende Kraft des Landes zu sein. Der Parteitag hat deshalb während seiner ganzen Dauer im ganzen Lande großen Widerhall und eine gespannte Aufmerksamkeit gefunden. Auch sein äußerer Rahmen und die ganze Atmosphäre seines Verlaufes, das leidenschaftliche Mitgehen der Delegierten, der Wechsel von begeistertem Beifall und tumultuösem Protest haben den Kongreß zu einem «großen» Parteitag gestempelt. Zahlreich waren auch, wie zu erwarten war, die Beispiele glänzender Beredsamkeit. Es war eine Frau von etwa 24 Jahren, eine Philosophieprofessorin aus Florenz, die durch ihre bezwingende Rhetorik besonders auffiel.

Der wichtigste politische Entscheid des Parteitages ging um die Frage des *Verhältnisses der Sozialistischen Partei zur Kommunistischen Partei.* Sollte die gegenwärtige Aktionsgemeinschaft zwischen Sozialisten und Kommunisten in bisheriger Weise beibehalten oder sollte sie gesteigert werden zur organisatorischen Einheit, zur Fusion der beiden Parteien, oder sollte im Gegenteil die Sozialistische Partei ihre Autonomie, ihre Selbständigkeit noch stärker betonen als bisher? Mit dieser, oberflächlich betrachtet, taktischen und organisatorischen Frage ging es letzten Endes um die grundsätzliche Frage des Charakters des italienischen Sozialismus, darum, ob sich die italienische Partei eindeutig auf den Boden des demokratischen Sozialismus stellen werde. Es ging damit um die Frage der Zukunft der Partei und des Sozialismus in Italien.

Zum bessern Verständnis muß daran erinnert werden, daß die theoretischen und taktischen Auseinandersetzungen in der italienischen Arbeiter-

bewegung ebenso wie in der französischen von jeher eine große Rolle gespielt haben. Wenige Wochen vor dem «Marsch auf Rom» haben sich die italienischen Sozialisten in «Maximalisten» und «Minimalisten» gespalten. Erst in der Emigration, an ihrem Parteikongreß in Paris im Jahre 1930, haben sich die beiden Richtungen wieder vereinigt. Im Jahre 1934 hat dann eine gewisse Annäherung an die Kommunisten stattgefunden, indem damals zwischen den beiden Parteien der erste Pakt über eine Aktionsgemeinschaft abgeschlossen wurde. Diese Aktionsgemeinschaft ist vor allem in der unterirdischen Widerstandsbewegung während des zweiten Weltkrieges erprobt worden. Bei den kürzlichen Gemeindewahlen haben die beiden Parteien meistens gemeinsame Listen eingereicht, so daß das Stärkeverhältnis aus den Wahlergebnissen nicht mit genügender Klarheit ersichtlich ist. Allgemein ist aber aufgefallen, daß in den Gemeindewahlen von Mailand, wo die Sozialisten selbständig vorgingen, diese weitaus am meisten Stimmen erzielten, nämlich 232 000. Die christlichen Demokraten erhielten 165 000 und die Kommunisten 152 000. Einen symbolischen Ausdruck dieser Aktionsgemeinschaft mag man auch darin sehen, daß die erste Begrüßungsansprache am Kongreß durch den Führer der Kommunisten, den Generalsekretär der Partei, *Togliatti*, gehalten worden ist, und daß an den Gebäudemauern von Florenz Begrüßungsanschriften der Kommunisten klebten (I communisti fiorentini salutano i compagni congressisti socialisti).

Am 25. Oktober 1943 haben sozialistische und kommunistische Parteien einen neuen Pakt einheitlicher Aktion abgeschlossen, durch den ein ständiger gemischter Ausschuß geschaffen und als dessen Ziel die Fusion der beiden Parteien erklärt worden ist. Ende Juli 1945 hat dann der Große Parteiausschuß der Sozialistischen Partei mit einer Dreiviertelsmehrheit diese fusionistische Haltung bekräftigt: «Der Parteiausschuß erklärt, daß auf der Grundlage der beiden großen Klassenparteien so rasch als möglich die Einheitspartei der Arbeiterklassen entstehen soll, und verlangt vom nächsten Parteitag die Verwirklichung dieses Grundproblems.» Die Minderheit stimmte der Arbeitsgemeinschaft ebenfalls zu, mit der Einschränkung, daß sie «ohne Verletzung der politischen Unabhängigkeit und organisatorischen Selbständigkeit der beiden Parteien» wirksam sein solle. Nach Auffassung der damaligen Mehrheit hätte also der Parteitag von Florenz die Frage der organisatorischen Einheit positiv lösen und die Fusion mit der Kommunistischen Partei einleiten müssen. Seit jener Konferenz des Parteiausschusses hat aber unter Führung von *Silone* und *Saragat* die Opposition gegen die fusionistische Richtung immer mehr an Boden gewonnen. Dem Generalsekretär der Partei, *Pietro Nenni*, der die Politik des organisatorischen Zusammenschlusses ver-

trat, wurde der Vorwurf gemacht, daß unter seiner Führung die Partei in den politisch entscheidenden Monaten des Jahres 1945 im öffentlichen Leben gewissermaßen «abwesend» gewesen und daß jede selbständige Politik hinter dem Phantom der Fusionierung verschwunden sei. Unter dem Einfluß dieser Kritik wird ein halbes Jahr später in der Resolution des Parteivorstandes vom Oktober 1945 denn auch nicht mehr von der erstrebenswerten baldigen Fusion, sondern nur noch von der Aktionsgemeinschaft gesprochen. Und im politischen Bericht der Parteivorstandsmehrheit an den Parteitag erklärt Nenni: «Vor dem Kongreß stellt sich nicht das Problem der Fusion, sondern nur ein Problem der politischen Allianz im gemeinsamen Kampf um die Konstituante, die Republik und die Strukturreformen.»

Damit ist die Wandlung in dieser grundlegenden, für die Zukunft des italienischen Sozialismus entscheidenden Frage bereits vor dem Kongreß in Florenz vollzogen worden. Das zeigte sich besonders im Wortlaut der beantragten Resolutionen. Wenn die Debatten um diese Resolutionen trotzdem so heftig und teilweise gegensätzlich waren, so muß man sich der noch vor kurzem scharf in Erscheinung tretenden erheblichen doktrinären und taktischen Differenzen erinnern.

Nenni legte als Generalsekretär der Partei und als Berichterstatter der Mehrheit des Parteivorstandes in einer dreistündigen Rede Rechenschaft ab über die Tätigkeit der Partei. Seine großangelegte Rede war ein leidenschaftliches Bekenntnis zum politischen Kampf für die Demokratie, die Republik und den Sozialismus. In bezug auf die Haltung der Partei zu den großen grundsätzlichen und theortischen Fragen des Sozialismus war sie zurückhaltend, entbehrte eher der großen Perspektiven und verzichtete darauf, die fundamentalen Unterschiede gegenüber den andern Parteien und Bewegungen in aller Schärfe zu umreißen. Das galt insbesondere gegenüber der Kommunistischen Partei, beziehungsweise ihrer Ideologie und Taktik, deren grundsätzliche und taktische Unterschiede zum Sozialismus Nenni überging.

In der Kritik gegenüber Nenni und seiner Richtung trat der bisherige italienische Botschafter in Paris, Saragat, hervor, der von seinem Posten zurückgetreten ist, um sich der politischen Arbeit im Lande widmen zu können. In einer glänzenden, tiefschürfenden, grundsätzlich gehaltenen Rede hat er besonderen Wert darauf gelegt, die freiheitlichen und humanitären Wesenszüge des Sozialismus hervorzuheben. Für ihn ist der Sozialismus die höchste Form der politischen Demokratie, in der die Mehrheit regiert und die Minderheit die Freiheit besitzt, ihre eigene Meinung auszudrücken. Gewiß könne der Sozialismus nur das Werk der Arbeiterklasse sein, aber ebenso gewiß sei, daß keine soziale Klasse die menschliche Gesellschaft führen und

ihre Organisation gestalten könne, wenn sie nicht auch gleichzeitig die allgemein menschlichen Ziele und Interessen vertrete. Aus diesem allgemein menschlichen und freiheitlichen Inhalt des Sozialismus und wegen der sozialen Struktur des italienischen Volkes sei die Gewinnung der «kleinen Leute» aus den Mittelschichten für die Ziele der Arbeiterschaft und für den Sozialismus unerläßlich. Daraus habe die Partei ihre Schlüsse zu ziehen für ihre praktische Politik. Die Einheit der Arbeiterklasse sei nicht lediglich eine Frage der Organisation und der Zahl. Wer das Problem so auffasse, arbeite nicht für die proletarische Einheit, sondern für die Liquidation der Sozialistischen Partei und der Idee, die sie vertritt. Wohl sei die Politik der gemeinsamen Aktionen mit den Kommunisten in der gegenwärtigen historischen Situation richtig, aber die Sozialisten können diese nur erfolgreich befolgen, wenn sie selbständig, wenn sie Sozialisten bleiben.

Am schärfsten distanzierte sich die Gruppe um die von *Turati* gegründete Halbmonatsschrift «Critica sociale» von der Mehrheit der Parteileitung. Sie brachte deshalb eine eigene Resolution ein.

Die Resolution, die die Haltung der Parteivorstandsmehrheit ausdrücklich billigt, die sogenannte «*mozione base*», erklärt zur Frage der Einheit: «Im gegenwärtigen historischen Augenblick bekräftigt der Kongreß die Notwendigkeit der Autonomie und der Unabhängigkeit der Partei ... Er stellt ausdrücklich fest, daß nicht die Frage der Fusion der beiden Parteien besteht, sondern einzig eine Frage der Einheit der Arbeiterklassen.»

Demgegenüber ist die von Pertini und Silone und andern eingebrachte Resolution (*«mozione unificata»*), die auch die Zustimmung von Saragat erhielt, gegenüber der Parteivorstandsmehrheit sehr kritisch, indem sie erklärt, die zweideutigen Beschlüsse des Parteiausschusses vom Juli 1945 über die Frage der Einheit hätten die politische Aktivität der Parteien und ihre innere und äußere Entfaltung stark gehemmt. «Die volle Autonomie der Sozialistischen Partei ist die wesentliche Bedingung, um die Kontinuität des demokratischen Lebens des Landes aufrechtzuerhalten, die Isolierung der Arbeiterklassen zu verhindern und aus der Partei den Sammelpunkt aller lebendigen Kräfte der Werktätigen zu machen.» «Die Aktionseinheit der arbeitenden Klassen ist die notwendige Voraussetzung für die Verwirklichung des Sozialismus auf demokratischem Weg.» «Das Mittel der politischen Aktion der Arbeiter ist der Pakt zwischen der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei. In der gegenwärtigen Lage soll dieser den beiden Parteien hauptsächlich für die Koordinierung ihrer Tätigkeit zur Erreichung gemeinsamer konkreter Ziele dienen.»

Keiner der vier zur Abstimmung gekommenen Anträge konnte die ab-

solute Mehrheit auf sich vereinigen. Die sogenannte *mozione base* (Nenni) erhielt rund 338 000 Stimmen, die *mozione unificata* (Saragat) 300 000, die Resolution der *Critica sociale* 83 000 und die Resolution der entschiedenen *Fusionisten* nur 14 000 Stimmen. Die die bisherige Haltung der Parteivorstandsmehrheit kritisierenden und jede Fusion eindeutig ablehnenden Resolutionen «unificata» und «Critica sociale» verfügen, zusammengerechnet, immerhin über 52 Prozent der Stimmen. Wenn dieser Umstand und die Tatsache, daß auch die andere Motion mit den meisten Stimmen nicht mehr von der Fusion spricht, gewürdigt werden, so ist leicht zu erkennen, daß die Frage der Fusion mit der Kommunistischen Partei in Italien endgültig aus Abschied und Traktanden der Sozialistischen Partei gefallen ist. Der Entscheid ist eindeutig im Sinne der Unabhängigkeit und Autonomie der Partei getroffen. Diejenigen, zur Rechten und Linken der Partei, die von ihrer Selbstauflösung geträumt hatten, sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die Partei geht gestärkt aus der Auseinandersetzung hervor. Der Parteitag stellt damit einen bedeutungsvollen Markstein in ihrer Entwicklung dar. Die Partei ist nun befreit von dem Minderwertigkeitskomplex, der während vieler Monate auf ihr gelastet und sie in ihrer Aktivität und in ihrer Anziehungskraft auf die Massen nur geschwächt hat. Die Zeit der Unsicherheit und Zweideutigkeit ist beendet. Damit hat die Partei die Voraussetzung für ihre zahlenmäßige Stärkung wiedergefunden. Stolz auf ihre historische Vergangenheit und ihre künftige Mission als Hauptträgerin und Zentralkraft der italienischen Demokratie wird sie in vermehrter Selbständigkeit sich für die Ziele des demokratischen Sozialismus in Italien einsetzen können.

Das nächste unmittelbare Ziel ist die Volksbefragung vom 2. Juni, bei der sich die Sozialistische Partei wie die Kommunisten und die christlichen Demokraten für eine demokratisch-republikanische Verfassung einsetzen. Gleichzeitig werden auch die Wahlen in die Verfassunggebende Versammlung, die Konstituante, vorgenommen. Die Partei hat die Plattform für diese Wahlen ebenfalls am Parteitag in Florenz festgelegt. Außer für die verfassungsmäßige Garantierung der demokratischen Freiheitsrechte, des Rechts auf Arbeit, des Rechts auf Wohnen, der Sicherung der Existenz des Arbeitenden, hat sie ein Programm weitgehender Reformen und Änderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur des Landes aufgestellt, das in vielem den Überlegungen und Forderungen unseres Programms «Die Neue Schweiz» entspricht. Aufbauend auf dem Grundsatz, daß die Güter, denen der Charakter eines öffentlichen Dienstes eigen ist, in das Eigentum der Gesellschaft übergeführt werden sollen, soll der Großgrundbesitz aufgehoben und ein Teil der Industrie, der Banken und der Versicherungen sozialisiert werden. Die

interessanten Berichte, die dem Kongreß vorgelegt worden sind, fußten auf ausgedehnten Studien und gründlichen Vorarbeiten. Leider trat diese wichtige, zukunftweisende Kongreßarbeit hinter der Aussprache über die Fusion in den Hintergrund.

Einen vorzüglichen Eindruck machte auch die Intensität, mit der die Frage der *Neugründung der Sozialistischen Internationale* diskutiert wurde. Die italienischen Sozialisten sind von jeher überzeugte Internationalisten gewesen. Die Unterschiede der Betrachtungsweise waren aber auch in dieser Frage deutlich. In der *mozione base* wird von der «Arbeiter-Internationale» und nicht von der Sozialistischen Internationale gesprochen, während die Anhänger der *mozione unificata* die Bildung einer neuen «Sozialistischen Internationale» ins Auge fassen, in welcher der demokratische Sozialismus seine internationale Betätigung im Interesse des Friedens und des sozialen Fortschrittes finden soll. Die Tendenz zur Annäherung an die Linie der großen sozialistischen Parteien in Frankreich und in England kam auch in dieser Frage wie in allen Manifestationen des Kongresses deutlich zum Ausdruck.

Die italienische Partei hat auf ihrem Kongreß von Florenz eine theoretische und taktische Klarheit geschaffen, wie sie längere Zeit vermißt werden mußte. Sie hat ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit bekräftigt. Der Parteitag wird sich zweifellos positiv auf die Entwicklung der Partei auswirken. Der italienische Sozialismus ist damit im Begriffe, wiederum eine Kraft auch im europäischen Sozialismus zu werden und in einer entscheidenden Etappe seinen Beitrag zu leisten zur unmittelbaren Verwirklichung des Sozialismus.

BENEDIKT KAUTSKY

„Bis zum bittern Ende"

Bemerkungen zu einem Buch von Gisevius

Dieses Buch* ist von allen bürgerlichen Zeitungen als eine solche Sensation bezeichnet worden, daß es sich wohl lohnt, den Gründen für diese Erscheinung ein wenig nachzuspüren. Untersuchen wir zunächst den *Inhalt.*

Drei Ereignisse sind es, die Gisevius hauptsächlich schildert: der Reichstagsbrand, der Röhm-«Putsch» und die 1938 um die Personen der Generäle

* *H. B. Gisevius:* «Bis zum bittern Ende.» (I. Band, «Vom Reichstagsbrand zur Fritsch-Krise».) 470 Seiten. Fretz & Wasmuth Verlag AG, Zürich 1946.